

05.02.2013

Dr. Hagen

Tel. 4746

Frage Nr. L07

Vorlage für die Sitzung des Senats am 12.02.2013

„Deutschland-Portal und Open Data“

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hat für die Fragestunde der Bürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Deutschland-Portal und Open Data“

Wir fragen den Senat:

1. Welches Potential sieht der Senat beim Deutschland-Portal bezogen auf die Nutzung von Open Data?
2. Beteiligt sich das Land Bremen an dem Portal (falls nein, warum, falls ja, in welchem Umfang)?
3. Welche Kosten fallen bei einer Beteiligung Bremens am Deutschland-Portal für Bremen an, welchen Anteil trägt der Bund?“

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Das Open-Government-Portal für Deutschland (Open Government Data Deutschland: OGDD) bietet einen weiteren Zugangsweg zu den bremischen Daten, die bereits über www.daten.bremen.de und Dokumente, die unter www.informationsregister.bremen.de erreichbar sind. Ziel des Deutschland-Portals ist der Zugang zu allen dezentralen Open-Data und Open-Government-Portalen von Ländern, Städten und Kommunen sowie themenspezifischen Portalen wie beispielsweise dem Geoportal.

Zu Frage 2:

Das Land Bremen beteiligt sich wie der Bund und alle Bundesländer an dem Portal. Damit alle bremischen Daten im Portal gefunden werden, wurde eine Schnittstelle realisiert, über die die Metadaten der Datensätze und Dokumente des Informationsregisters übertragen werden. Die eigentlichen Datensätze und Dokumente verbleiben auf Servern in Bremen. Hinzuzufügen ist, dass das Land Bremen in der dafür eingerichteten Arbeitsgruppe des Bundes und der Länder aktiv vertreten war und an der technischen und organisatorischen Realisierung des Deutschland-Portals mitgewirkt hat. Bremen gehört zu den ersten Ländern, deren

Daten vollständig im Deutschland-Portal abrufbar sind.

Zu Frage 3:

Bremen wird sich entsprechend des üblichen Anteils (d.h. Königsteiner Schlüssel) an den gemeinsam zu tragenden Kosten für Betrieb und Redaktion in Höhe von ca. 6.000 EUR jährlich ab 2015 beteiligen. Der Bund trägt voraussichtlich einen Anteil von 21,2 Prozent der Gesamtkosten.

Die Entwicklung der Schnittstelle für die Übertragung der Metadaten der Datensätze und Dokumente an das Deutschlandportal hat drei Arbeitstage benötigt.